

# 3 Jahre Brand(t) sind genug!



**Morgen geht es um Ihre  
Zukunft  
und um unser Land.**

**Um ein Leben in Freiheit.**

**Oder in staatlicher Bevormundung und  
sozialistischer Verplanung.**

**Deswegen geben Sie die  
Erststimme der CDU  
und auch die Zweitstimme  
der Freiheit.**

**Wählerinitiative der Realisten**

## Neu war die Flut anonymer Anzeigen gegen die SPD.

Die Anzeigen im Wahlkampf hatten allerdings eine andere Qualität. Neu war die Anonymität der eingreifenden Initiativen und Gruppen. Die Hintermänner versteckten sich in der Regel hinter Postfachadressen. Sie trugen Phantasienamen wie „Wählerinitiative freiheitlich gesinnter Staatsbürger“, „Wähler-Initiative: Patriotische Mitte“, „Wählerinitiative der Realisten“, „Steuer-Notgemeinschaft“, „Freundeskreis ehemaliger FDP-Wähler“, „Aktion Bürgerinitiative“ oder „Aktion Solidarität“, „Aktion nüchterne Bürger in der Gesellschaft für konstruktive Politik“ und „Pro Union“.

Neu war auch die Flut dieser Anzeigen, die sich über die Zeitungsleser ergoß – und der damit verbundene Millionen-Aufwand.

# FREIHEIT WÄHLEN!

Noch zwei Tage bis zur Entscheidung um Deutschland.

## **Dies ist auch unser Land, Herr Brandt!**

**Dies ist auch unser Land, Herr Brandt! Deutschland ist kein sozialistisches Eigentum.**

Wir sind hier geboren. Wir lieben dieses Land – unser Deutschland. Wir wollen es wieder vereinigt sehen. Sind wir deshalb weniger friedfertige Deutsche?

Wir haben den National-Sozialismus am eigenen Leibe erlebt. Haben den Krieg und die Hungerzeit im eigenen Land durchgestanden.

Sie und Wehner waren draußen. Wir kritisieren das nicht. Aber sind wir, die wir auch in schwerer Zeit in Deutschland geblieben sind, deshalb schlechtere Deutsche? Wir haben uns nie von unserem Land distanziert. Und nie ein Buch wie „Deutsche und andere Verbrecher“ geschrieben.

**Deutschland ist kein sozialistisches Eigentum. Kein Land, über dessen Zukunft die SPD selbstherrlich allein entscheiden darf.**

**Es ist auch unser Land, Herr Brandt!**

**Wir werden mitbestimmen, was mit Deutschland – wir nennen es so und werden es immer so nennen – geschehen soll.**

Sie nehmen Wahlgeschenke der Kommunisten aus dem Osten an. Menschen, seit Jahren eingesperrt oder als Geiseln zurückgehalten, dürfen plötzlich ausreisen.

Das sind nicht die menschlichen Erleichterungen, die wir unseren Landsleuten drüben wünschen. Solange noch auf Deutsche geschossen wird, können wir den Kommunisten drüben keine Hand zum Miteinander reichen. Sie wollen die freie Marktwirtschaft hinwegfegen. Die großen Betriebe sozialisieren. Die Hetzjagd auf Tüchtige und Erfolgreiche freigeben. Die freiheitliche Demokratie durch den Staats-Sozialismus der privilegierten Funktionäre ersetzen.

**Das machen wir nicht mit, Herr Brandt!**

Wir rufen zur Offensive der Demokratie auf. Sie ist waffenlos. Sie braucht keine Bomben, keine Steuer-Millionen im Wahlkampf, keine Mobilisierung der Instinkte, keine Drohungen gegen die wache Mehrheit des Volkes.

**Unsere Waffen sind am 19. November unsere Stimmen.**

**Wir wählen Freiheit und nicht Sozialismus.**

**Wir wählen die Zukunft Deutschlands, so wie wir sie unserem Gewissen gegenüber verantworten können.**

**Unsere Entscheidung:  
CDU/CSU –  
auch die Zweitstimme**



Lieber  
Rainer  
Barzel

als



Aktion  
NÜCHTERNE  
BÜRGER

in der Gesellschaft  
für soziale Politik  
BfW America/O'Donnell, Postfach

- Die erkennbaren Versuche der CDU/CSU, sich ein soziales, reformerisches Image zu verschaffen, wurden quasi täglich gestört.

Die Kampagne der Hintermänner hat wesentlich dazu beigetragen, gerade jene Menschen, die am Rande der Gesellschaft leben, die täglich ihre Ohnmacht spüren und normalerweise nicht mehr wählen, zur Wahl zu bewegen. Sie wählten die Partei, die den Mut hatte, gegen Übermächtige, für die Geld keine Rolle spielt, anzutreten. Aus allen diesen Gründen vermute ich, daß gerade unsere offensive Antwort auf das Große Geld zu der großen Mobilisierung der Nichtwähler und damit zur hohen Wahlbeteiligung beigetragen hat. Die Kampagne gegen das Große Geld war also ein in den späteren Analysen völlig mißachteter wichtiger Grund für den großen Wahlerfolg der SPD.

Nach der Wahl teilte die CDU/CSU unsere Einschätzung. Die anonymen und massiven Eingriffe der Hilfstruppen hatten nicht nur nichts genützt; sie waren mitverantwortlich für die deutliche Niederlage. Daß die CDU/CSU dadurch als „Handlungsgehilfe“ der Unternehmer dastand, wurde von Norbert Blüm bedauert. Der CDU-Wahlforscher Kaltefleiter formuliert es etwas eleganter, die große Zahl unkoordinierter Wahlwerbung zugunsten der CDU/CSU durch private

# Werden Sie Deutschland umbenennen, Herr Bundeskanzler?

„Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land“, sagt Brandt auf seinen SPD-Plakaten.

Wir fragen: Auf welches „Land“, Herr Bundeskanzler?

- Für Sie und Ihre Genossen ist
- Ostdeutschland heute Polen
  - Mitteldeutschland „Die Deutsche Demokratische Republik“
  - West-Berlin (nach Egon Bahr) ein „Phänomen“.

Der „Grundvertrag“ nennt „Deutschland“ nicht mehr.

Gestern war für den Parteivorsitzenden und Außenminister W. Brandt Verzicht = Verrat und Erfüllungspolitik = Selbstmord des Volkes.

Heute läßt der Kanzler Brandt

- aus gesamtdeutschen = Innerdeutsche
- aus innerdeutschen = zweistaatliche Beziehungen;
- aus den zwei Staaten in Deutschland = zwei deutsche Staaten in der UNO werden und duldet, daß der gesamte Ostblock die Bundesrepublik Deutschland, die nach unserer Verfassung für das ganze Deutschland steht, nur noch die

Westdeutsche Bundesrepublik

nennt.  
Auf Seite 63/64 des Buches „Ostpolitik im Kreuzfeuer“ (Seewald-Verlag) steht es schwarz auf weiß, daß 1967/68 im Auftrag des deutschen Außenministers Brandt Sonderbotschafter Egon Bahr und einige Genossen bei Verhandlungen in Rom und München mit der Kommunistischen Partei Italiens hinter dem Rücken des Bundeskanzlers Kurt Georg Kiesinger alle Forderungen Ost-Berlins (Anerkennung aller Grenzen in Europa, Anerkennung der sogenannten DDR, Wiederzulassung der DKP) akzeptierten.

Wann endlich werden Sie sich dazu äußern?

Denn zur gleichen Zeit - September 1968 - stimmte die SPD-Fraktion einer Entschließung des Bundestages zu: „Die Anerkennung des anderen Teils Deutschlands als zweiter souveräner Staat deutscher Nation kommt nicht in Betracht.“

( **Schluß mit dem Kanzler,** )  
der ein gestörtes Verhältnis zu unserer Geschichte, zu Deutschland, zu Recht und Freiheit hat.

( **Schluß mit Parteien,** )  
die das Erbe ihrer Gründer Kurt Schumacher, Ernst Reuter, Fritz Erler, eines Theodor Heuss und Reinhold Maier verraten haben.

( **Deutschland lebt!** )  
Denken! Wählen! Richtig entscheiden wie Amerikal!

Wähler-Initiative: Patriotische Mitte, Hamburg 13, Postfach 6047

Mit ihrem Gegenangriff hat die SPD erfolgreich gekontert.

Neue Revue Nr. 44  
28.10.72

2-3a4

## Sozialistischer Stammtisch.



In sozialistischen Ländern hat nur einer etwas zu sagen: die Partei. Sie hat immer recht. Auch wenn es falsch ist. Der einzelne Mensch ist mundtot. Seine persönliche Freiheit ist beschnitten. Um zu überleben, geht man den Weg des geringsten Widerstandes. - Nichts hören. Nichts sehen.

Nichts sagen. Das ist die sozialistische Freiheit. Seit einiger Zeit sind radikale Sozialisten dabei, dieses Prinzip auch bei uns einzuführen. Sie wollen vernichten, was uns Wohlstand und Freiheit brachte: die Soziale Marktwirtschaft. Wir alle müssen das verhindern.



Dies ist eine Anzeige des Arbeitskreises Soziale Marktwirtschaft  
8 München 13, Tengstraße 45

Mit dem Gegenangriff hat die SPD nicht nur eine Attacke abgewehrt, die wie in Baden-Württemberg auch im Bund hätte gefährlich werden können. Die SPD hat mit ihrem offensiven, frühen und konkreten Konter entscheidende Punkte im Wahlkampf 1972 gut gemacht:

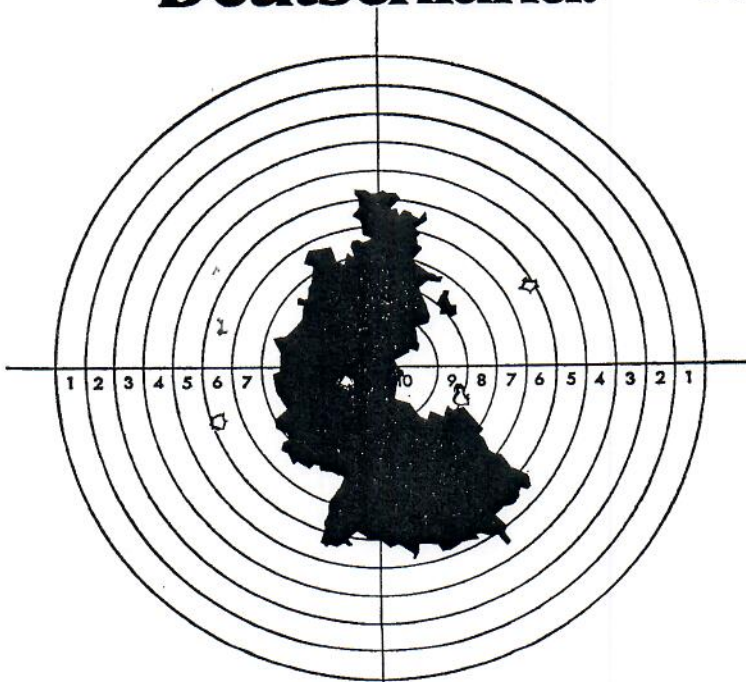
- Mit jeder Anzeige der CDU/CSU und ihrer Hilfsorganisationen wurde das Ungleichgewicht der verfügbaren Wahlkampfmittel deutlicher; das half bei der Umsetzung der Immunisierungsstrategie.
- Die völlig überzogene Demagogie weckte bei den SPD-Sympathisanten und selbst bei Neutralen Ärger; das war eine für die SPD positiv zu wendende Emotion.
- Daß hier einige wenige mit ihrem Geld die Stimmen der vielen kaufen wollten, weckte Widerstand.
- Die erkennbar undemokratischen Machenschaften von anonymen Einflußgruppen fügten sich in das von Mißtrauensvotum und Überläufern geprägte Gesamtbild des Jahres 1972 ein.
- Mit jeder Anzeige des großen Geldes war, ohne daß die SPD das betonen mußte, klar, daß die SPD die Interessen der Arbeitnehmer und der großen, nichtprivilegierten Mehrheit vertritt.

# Klassenkampf von oben - Offen sagen, was ist.

Dok. 11. 5. L. 9  
Erschienen am 14./15. November  
Format: 30%  
Kosten: 360.000 DM

## Tatort Deutschland.

*Süddeutsche  
Zeitung  
14. November 1972  
2-3a4*



Radikale Sozialisten haben unser Land  
aufs Korn genommen. Sie wollen das  
sicherste und freieste Wirtschafts-  
system der Welt vernichten: die  
Soziale Markt-  
wirtschaft.

Wir alle müssen uns gemeinsam für  
die Soziale Marktwirtschaft einsetzen.  
Sie hat uns zu dem gemacht,  
was wir sind. Ihr verdanken wir  
unseren  
Wohlstand.

**SOZIALE  
MARKT-  
WIRTSCHAFT**  **DIE KRAFT  
FÜR DEN  
FORTSCHRITT**

Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft, 8 München 40, Tengstr. 45

Für die meisten Analysen und historischen Abhandlungen über jene Zeit ist der finanzielle und werbliche Großeinsatz von anonymen Organisationen und finanzkräftigen Hilfstruppen der CDU/CSU gerade einmal der Erwähnung wert. Für besonders wichtig oder gar mitentscheidend halten die meisten Analytiker die Intervention des Großen Geldes und den Umgang der SPD damit nicht.

Man geht darauf nicht weiter ein, obwohl die Anzeigen dieser meist anonymen Gruppen insgesamt mehr als anderthalb mal soviel Geld kosteten wie die offizielle Anzeigenwerbung von CDU und CSU. Die Hilfstruppen steuerten allein für Anzeigen ca. 34,5 Millionen bei.

Die meisten Historiker und Wahlanalytiker gehen darauf nicht weiter ein, obwohl in diesen Anzeigen rechtsradikale und eindeutig demokratiefeindliche Parolen auftauchten und auch persönlich diffamiert und gehetzt wurde. Allein diese Methoden wären es wert gewesen, festgehalten und kritisch gewürdigt zu werden.

# Der CDU-Kampagne „Freiheit oder Sozialismus“ den Boden entzogen.

Eines von über 100  
Anzeigenmotiven der  
CDU/CSU und ihrer  
Freunde zum Thema  
„Freiheit oder Sozialis-  
mus“

Dok. 11. 5.1.7  
Erstausgabe am 10. November  
Format 325  
Kostens: 180.000 DM

## Totengräber einer Nation.

Süddeutsche Zeitung  
10. Nov. 1972

2-3a4



... von der Sozialis-  
mus kommt, geht der  
Wohlstand. In Chile hat der Sozialis-  
mus nur knappe 2 Jahre gebraucht,  
um das Land zu ruinieren.  
Der Staatsschatz, den Generationen  
erarbeitet hatten, ist wegge-  
schafft. Vor den Läden stehen  
Schlangen von Menschen, die auf  
Zuteilung von Lebensmitteln  
warten. Fleisch gibt es  
schon seit Monaten  
nicht mehr.  
Die Landeswährung

treibt in die  
totale Inflation. Ein Land an  
den Rand eines Bürgerkrieges.  
Der Sozialismus brachte ein Land an  
den Rand eines Bürgerkrieges.  
Auch bei uns sind radikale Sozialis-  
ten dabei, das sicherste und freieste  
Wirtschaftssystem der Welt zu ver-  
nichten: die Soziale Marktwirtschaft.  
Wir alle müssen das verhindern.  
Denn der Sozialen Markt-  
wirtschaft verdanken  
wir den Wohlstand  
und die Freiheit.



Arbeitskreis Soziale Marktwirtschaft, 8 München 40, Tengstr. 45

Es gab viele Indizien dafür –  
zuletzt im Landtagswahlkampf  
in Baden-Württemberg –, daß  
die Union auch im Bundestags-  
wahlkampf versuchen würde,  
die Angst vor dem Sozialismus/  
Kommunismus zu schüren und  
Sozialdemokraten mit Kommu-  
nisten gleichzusetzen. Es war  
absehbar, daß diesmal die  
Ostpolitik in Verbindung mit  
der Reformpolitik benutzt  
werden würde, um wieder wie  
bei den Wahlen zuvor zu  
behaupten, die Wege der SPD  
führten nach Moskau.

„Freiheit oder Sozialismus“,  
diese später durchschlagende  
Parole stand uns auch 1972 ins  
Haus. Die Option war klar:  
Entweder ducken und verlieren  
oder das Godesberger Ver-  
ständnis vom Sozialismus  
positiv besetzen und so wenig-  
stens den Versuch machen, die  
Angstmacherei ins Leere laufen  
zu lassen.

Es war Willy Brandt und seinen  
Zuarbeitern klar, daß sie hier  
nicht kleckern durften, sondern  
klotzen mußten. Deshalb hielt  
Willy Brandt am 20. August  
zum 20. Todestag Kurt Schu-  
machers – eines entschiedenen  
Antikommunisten – eine Rede  
„Zum Auftrag des Demokrati-  
schen Sozialismus“ – für das  
interessierte Publikum und die  
veröffentlichte Meinung. Wenig  
später begann die SPD in der  
Illustriertenpresse (Stern, Quick,  
Bunte usw.) mit einer Serie von  
6 Anzeigen unter dem Titel  
„Erfolge von 109 Jahren  
Demokratischem Sozialismus“.